

gehen⁹, zum Teil schon weit entfernt hatte. Dieser Abstand rührte aber nicht nur, wie man vorschnell annehmen könnte, von der saarländisch-französischen Zusammenarbeit, sondern auch, und dies vielleicht sogar noch eher, von dem Hang des Hoffmann-Regimes her, das Leben an der Saar im Sinne seiner tragenden Ideen von Religion und Heimat zu gestalten.

Das Saarland befand sich um die Jahreswende 1955/56 bildungspolitisch in einer unangenehmen Zwangslage. Sie ergab sich einerseits aus dem Wunsch Frankreichs nach besonderen kulturellen Beziehungen als Ausgleichsbeitrag für seinen generellen Rückzug aus dem Saarland sowie aus dem Erbe eines bildungspolitisch eigenwilligen Separatismus und andererseits aus der Pflicht zur kommenden bundesstaatlichen Mitverantwortung in Schul- und Bildungsfragen.

Ein genereller Wandel schulpolitischer Gestaltungsabsichten wurde durch die politischen Konsequenzen der Volksabstimmung vom 23. Oktober 1955 freilich nicht eingeleitet. Das lag vor allem daran, daß die vom Personellen her stark katholisch geprägte Saar-CDU, wenn man einmal von einigen national-prodeutschen Akzentuierungen absieht, in Schulfragen auf die gleichen weltanschaulichen Positionen der alten Zentrumspartei zurückgriff wie die CVP¹⁰, und daß die DPS unter Heinrich Schneider das Konfessionsprinzip im Bildungswesen betont tolerierte¹¹. Zudem erhielt das Kulturressort von nun an stets einen eigenen Minister, und da es fortwährend von der CDU besetzt wurde, war auch von der Regierungsseite her Kontinuität gesichert. Im Kabinett Hubert Ney, das am 10. 1. 1956 vereidigt wurde, hieß der Kultusminister Egon Reinert. Als er im Juni 1957 zum Ministerpräsidenten bestimmt wurde, gelangte Dr. Franz-Josef Röder in dieses Amt, das er dann bis zum 30. 4. 1959 verwaltete, als ihm nach dem tragischen Tod Reinerts¹² selbst das Amt des Ministerpräsidenten angetragen wurde. Innerhalb des Kultusministeriums kam es infolge der neuen Lage ebenfalls zu einigen personellen Verschiebungen. Der ranghöchste Beamte, Ministerialdirigent Walter Braun, der sich energisch für den politischen Kurs Hoffmanns exponiert hatte und dabei, nicht zuletzt wegen politisch motivierter Disziplinierungsmaßnahmen, in einen scharfen Gegensatz zur großen Mehrheit der saarländischen Lehrerschaft geraten war, wurde vorübergehend in den Wartestand versetzt. Er kehrte im Jahre 1957 ins Kultusministerium zurück und übernahm hier die Leitung der Hochschulabteilung. Hans Groh, der in der Hoffmannszeit diesem Dezernat vorgestanden hatte, wurde im Jahre 1956 zum Ausscheiden veranlaßt¹³. Eugen Meyer, vom April 1951

⁹ Konferenz (1963/64), S. 254.

¹⁰ Vgl. hierzu das Parteiprogramm der CDU des Saarlandes aus dem Jahre 1952, den aktionsprogrammatischen Aufruf der CDU-Saar vom 27. 7. 1955 im Hinblick auf das Referendum vom 23. 10. 1955 und das Parteiprogramm vom 12. 12. 1955. Abgedruckt bei R. H. Schmidt, Bd 1, S. 598 – 601, S. 613 – 623.

¹¹ Vgl. hierzu das Programm und die Ziele der DPS vom 27. 7. 1955, insbesondere Abschnitt X. Abgedruckt bei R. H. Schmidt, Bd 1, S. 606 – 609. Siehe auch die Texte auf den Wahlplakaten der DPS zur Landtagswahl vom 18. 12. 1955, die Schmidt im Bd 3 auf S. 400 und 401 wiedergibt. Dort (S. 400) steht u. a. zu lesen, daß die DPS *auch die unbedingte Aufrechterhaltung der Konfessionsschule* wolle.

¹² Reinert verunglückte tödlich bei einem Verkehrsunfall.

¹³ Groh beantragte seine vorzeitige Pensionierung im Rückgriff auf Artikel 2 der politischen Bestimmungen des Luxemburger Vertrages zur Regelung der Saarfrage vom 27. 10. 1956 sowie der dort in Anlage 1 getroffenen Vereinbarung über den Schutz von Personen. Interview W. Braun vom 4. 3. 1976.